

Dr. Ursula Jungherr (Oberbürgermeisterin der Stadt Bad Homburg)
Vortrag vor der WIPOG am 22. Februar 2008
Kongreßcenter im Kurhaus Bad Homburg v.d.H.

Die Rolle Bad Homburgs in der Kulturpolitik der Rhein-Main-Region

Wir alle sind an Kultur interessiert. Welche Stadt fällt uns ein, wenn wir an Kulturstadt denken; Berlin natürlich, München, Hamburg. An Frankfurt denken wir nicht sofort, das soll sich ändern nach Ansicht einiger Politiker, zu denen ich mich auch zähle.

Das Rhein-Main-Gebiet von Mainz bis Aschaffenburg mit der ehemaligen Reichsstadt Frankfurt im Zentrum ist seit den Kelten und Römern Kulturland. Die Residenzstädte, u.a. Wiesbaden, Darmstadt und Bad Homburg, sowie die freien Reichsstädte wie Frankfurt, aber auch Friedberg, spiegeln die Epochen der deutschen Geschichte wider. Wie in der Kommunalverfassung sind wir auch in der Kultur polyzentrisch aufgestellt. Dies birgt eine große Vielfalt und damit Reichtum in sich, aber es steht auch einer Zentrierung zu Großereignissen und einem einheitlichen Erscheinungsbild entgegen.

Frankfurt hat schon in früherer Zeit immer wieder den Versuch gemacht, ähnlich wie London oder Berlin, das Umland zu schlucken, bzw. Groß-Frankfurt zu werden. Diese Begierden haben das Verhältnis zwischen Umland und Frankfurt belastet. Es hat eben nicht nur Dörfer um Frankfurt herum, sondern Städte von Wirtschaftskraft und kulturellem Rang und Anspruch.

Es gab viele Anläufe und Versuche, die Stadt-Umland-Problematik zu lösen. So wurde der Umlandverband gegründet. Nachdem dieser, der überregionale Themen in der Region regeln sollte, wegen Interessengegensätzen und damit mangelnder Flexibilität, die zur Erfolglosigkeit führte, aufgelöst wurde, beschloss das Land Hessen, ein Ballungsraumgesetz zu erlassen. Daneben rief Frau Oberbürgermeisterin Roth die Regionalkonferenz ins Leben. Sie besteht im Wesentlichen aus dem Regierungspräsidenten, den Landräten, den Oberbürgermeistern, Bürgermeistern, Vertretern der Wirtschaft. Diese Regionalkonferenz bildete zu Themen, die für die Region wichtig waren, Arbeitskreise, so für Wirtschaftsförderung, Regionalpark, Tourismus und Sicherheit und eben auch Kultur.

Parallel dazu gründete wiederum die Wirtschaft die Wirtschaftsinitiative und für das Gebiet der Kultur eine Kulturinitiative.

Jeder sah sich aufgerufen, einen Lösungsansatz aufzuzeigen. Auf dem Gebiet der Kultur bestanden nun die Kulturinitiative, der Arbeitskreis Kultur der Regionalkonferenz und die Aufforderung, aus dem Ballungsraumgesetz des Landes, auf dem Gebiet der Kultur Überregionales zu leisten. Nur wenige Personen hatten noch den Überblick über die kulturellen Vorstöße. Ich versuche zunächst, für etwas Transparenz zu sorgen.

Die Kulturinitiative besteht im Wesentlichen aus Kulturschaffenden, Einzelpersonen, aus Vertretern der Wirtschaft und teilweise aus Kommunen als Mitgliedern. Hauptmotor war Prof. Beck, damals noch Leiter des Städtels und des Liebighauses in Frankfurt am Main. Heute präsidiert Herr Dr. Rattemeyer vom Wiesbadener Museum.

Der Arbeitskreis Kultur wiederum bestand aus Kommunen. Später kamen die Kreise hinzu, was übrigens die Sache nicht leichter machte. Die Kommunen zahlen 10 Cent pro Einwohner. Damit hatten Sie ein Budget und konnten Handeln. Aber es fehlte das ausführende Organ. Jetzt kam man auf die Idee, die Kulturinitiative mit Herrn Prof. Beck an der Spitze zum handelnden Arm zu machen. Man führte so Kulturinitiative und Arbeitskreis Kultur zusammen. Die Kulturinitiative brachte Ideen und Manpower ein, die Kommunen das Geld und die Mitarbeit ihrer Kulturämter. So entstanden die Themenreihen „GartenRheinMain“, „Route der Industriekultur“ und „Geist der Freiheit-Freiheit des Geistes“. Natürlich haben viele Kommunen an diesem Arbeitskreis Kultur und damit an der späteren GmbH-Gründung auch deshalb so aktiv mitgearbeitet, weil sie damit die Zwangsverfügung der Landesregierung, die auf dem Ballungsraumgesetz fußte, verhindern wollten. Da auch die Themen aber sehr erfolgreich waren, gelang es, 21 Mitglieder zur Gründung eines Gesellschaftsvertrages zusammen-zuführen, der die Kulturregion FrankfurtRheinMain GmbH bildete.

Am 21.12.2005 war es dann soweit:

21 Gründungsmitglieder unterzeichneten den Gesellschafts-vertrag für die Kulturregion FrankfurtRheinMain GmbH. Mitglieder waren zum damaligen Zeitpunkt die Städte

Alzenau, Aschaffenburg, Bad Homburg v.d.Höhe, Bad Nauheim, Bad Vilbel, Eschborn, Frankfurt, Friedberg, Hanau, Hattersheim, Langen, Mainz, Offenbach am Main, Rüsselsheim, die Gemeinde Niederdorfelden, die Kreis Hochtaunus, Main-Kinzig, Main-Taunus, Offenbach und Wetterau sowie der Planungsverband Ballungsraum FrankfurtRheinMain. Für die Historiker und Archivare interessant, auf dem Gründungsdokument sind die Siegel von 21 Städten und Landkreisen. Geschäftsführer wurde Herr Dörner, der ehemalige erste Stadtrat aus Bad Nauheim, der auch im Arbeitskreis Kultur von Anfang an mitgearbeitet hatte. Er und seine Mitarbeiterinnen leisten hervorragende Arbeit. Man kann heute sagen, die KulturGmbH funktioniert bis heute gut.

Als Präambel wurde erarbeitet:

„Kaum eine andere Region Europas verfügt über einen solchen Reichtum an Literatur, Musik, Theater, Bildender Kunst und volkstümlicher Traditionspflege wie die Rhein-Main-Region. Kultur ist für das Rhein-Main-Gebiet nicht nur Standortfaktor, sondern lebendiges Erbe und Ausdruck der täglich erfahrenen Gegenwart unserer Region sowie Basis für Kreativität. In der kulturellen Vielfalt von Frankfurt Rhein-Main spiegeln sich geistige Offenheit und die Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte und den Erscheinungsformen des heutigen Lebens. Sie ist Motor für Experimentierfreude.“

Unsere kulturelle Substanz ist lokal in den einzelnen Landreisen, Städten und Gemeinden fest verankert und findet oft auch überregionale Beachtung.

Frankfurt Rhein-Main ist eine europäische Metropolregion und erstreckt sich von Mainz bis Aschaffenburg und von Limburg/Weilburg bis Darmstadt und an die Bergstraße. Das kulturelle Potential dieser Region braucht einen gemeinsamen Ausdruck und einen internationalen Auftritt. Um diese Ziele noch konsequenter verwirklichen zu können und ein Zeichen für den Willen zur Zusammenarbeit zu setzen, gründen die Städte, Gemeinden und Landkreise die „Kulturregion Frankfurt RheinMain gemeinnützige GmbH“. “

Die Kompliziertheit der Präambel ergab sich aus schwierigen Diskussionen mit den Finanzbehörden zur Gemeinnützigkeit.

Die Gesellschaft finanziert ihre Arbeit über Beiträge. Die Städte und Gemeinden zahlen die Pauschale je Einwohner. Über die Höhe der Pauschale entscheidet die Gesellschafterversammlung einstimmig, derzeit sind es, wie schon gesagt, 0,10 € pro Einwohner. Hier liegt übrigens eines der größten Probleme der Kulturregion Frankfurt RheinMain GmbH, Einstimmigkeit zur Erhöhung der Pauschale ist fast unmöglich zu erreichen. Mehr Geld wäre aber für die Fortführung dringend erforderlich. Mit 0,10 € kann diese GmbH keine neuen Aufgaben beginnen. Dies ist aber für einen Erfolg notwendig.

Oberstes Organ der Kulturregion gGmbH ist die Gesellschafterversammlung. Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat mit einer Doppelspitze. Vorsitzende sind je ein Vertreter der Stadt Frankfurt am Main und ein Vertreter der Region. In künstlerischen und auf die Kulturregion bezogenen Fragen wird die Gesellschaft von einem Beirat unterstützt, dessen Mitglieder auf drei Jahre von der Kulturinitiative RheinMain benannt werden.

Heute bilden den Beirat:

Professor Dr. Heiner Boehncke als Vorsitzender, Germanistik-Professor an der Universität Frankfurt und Leiter des Projektes „Literaturland Hessen“

Dr. Karl-Eberhard Feußner, Leiter der Denkmal-Akademie der Deutschen Stiftung Denkmalschutz
Gerhard Jenemann, Leiter der Fränkischen Musiktage Alzenau

Dr. Bettina John-Willeke, Direktorin des Schlossmuseums Darmstadt und Leiterin der Großherzoglich-Hessischen Porzellansammlung Darmstadt, Vorstandsmitglied der Kulturinitiative Rhein-Main

Dr. Christian Rathke, Direktor des Deutschen Ledermuseums Offenbach und Vorstandsmitglied der Kulturinitiative Rhein-Main

Thomas Rietschel, Präsident der Hochschule für Musik und darstellende Kunst

Dr. Volker Rattemeyer, Leiter des Museums Wiesbaden und Vorsitzender der Kulturinitiative Rhein-Main e.V.

Konrad Dörner, Geschäftsführer der KulturRegion Frankfurt RheinMain gGmbH

Sabine von Bebenburg, Projektkoordinatorin „Route der Industriekultur“ und „IBA“

Heidrun Merk, Projektkoordinatorin „GartenRheinMain – Vom Klostergarten zum Regionalpark“ und „Geist der Freiheit – Freiheit des Geistes“

sowie

Claudia Dillmann, Hans-Peter Riese und Hans-Jürgen Weiß.

Der Beirat hat in mehreren Sitzungen Themenvorschläge erarbeitet, die er der gGmbH als neue Themen vorgeschlagen hat. Oberste Priorität sollte danach Thema „Wegeverbindungen in Rhein-Main“ haben. Dabei ist z.B. gedacht an die Bonifatiusroute, den Hugenotten- und Waldenserpfad, berühmte Handelswege des Mittelalters, aber auch die Wegeverbindungen im Regionalpark. Die Durchführung hängt allerdings, wie schon gesagt, vom Beschluss der Gesellschafter zum Geld ab.

Nun kommen wir zum Land Hessen und seinen Bemühungen. Am 19.12.2000 wurde das Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit und Planung in der Region Rhein-Main verabschiedet. Es gilt für Frankfurt und Offenbach, für die Kreise Hochtaunus, Main-Taunus und Offenbach in Gänze, für den Main-Kinzig-, Wetteraukreis und Kreis Groß-Gerau teilweise. Die strategische Ebene bildet der Rat der Region, die operative Ebene der Planungsverband. In diesem Gesetz ist in Artikel 1, § 1, 5, enthalten: Errichtung, Betrieb und Unterhaltung von kulturellen Einrichtungen von überörtlicher Bedeutung. Nach § 6, 1 kann die Landesregierung die Erfüllung einer der in diesem § 1, 1 dieses Gesetzes genannten Aufgaben durch einen Zusammenschluss nach § 1 für dringlich erklären, wenn die Erfüllung dieser Aufgaben aus Gründen des öffentlichen Wohles dringend geboten ist und ohne den Zusammenschluss nicht wirksam oder zweckmäßig erfolgen kann.

Die Landesregierung hat zur Vorbereitung der Prüfung nach diesem § 6 zwei Gutachten in Auftrag gegeben. Bei den ersten Gutachten war Christof Stölzel der Gutachter unter dem Titel „Landschaft mit Leuchttürmen“. Das zweite Gutachten stammte von Stefan Pfäffli „Kulturangebot im Ballungsgebiet Frankfurt-Rhein-Main“ aus dem Jahr 2005.

Beide Gutachten, besonders das betriebswirtschaftlich geprägte von dem Schweizer Professor Pfäffli setzten die Region in große Unruhe. Letzteres ermittelte Besucherströme an zufällig ausgewählten kurzen Zeiträumen und bildete danach bewertete Quoten. So schnitt in Bad Homburg der „Homburger Sommer“ gut ab. Unsere Hauptsäulen der Kultur, Blickachsen, Fugato, Hölderlin-Preis, kamen nicht einmal vor. Obwohl der Widerstand gegen die Qualität dieser Gutachten außerordentlich war, erließ die Landesregierung nach § 6 Ballungsraumgesetz eine Dringlichkeitserklärung. Diesen Beschluss haben sie im Staatsanzeiger für das Land Hessen veröffentlicht und nach dem Gesetz war nun die Region gefordert, binnen eines Jahres nach dieser Veröffentlichung sich freiwillig zu einem Pflichtverband zusammen zu schließen, ansonsten würde das Land einen solchen Zusammenschluss selbst vornehmen. Allerdings lässt § 6, 2 zu, dass der Rat der Region Gelegenheit zur Äußerung hat und der Rat der Region hat einstimmig der Beurteilung der Landesregierung nach Absatz 1, Satz 1 dieses § 6 widersprochen. Dennoch hat man sich zum gleichen Zeitpunkt auf kommunaler Seite energisch daran gemacht, zu einem freiwilligen Zusammenschluss zu kommen, da ein vom Land

gegründeter Pflichtverband die schlechteste Lösung aller Lösungen gewesen wäre. In dieser ziemlich verfahrenen Situation berief der damalige Präsident der IHK Frankfurt Rhein-Main, von Harbou, eine Mediationsrunde ein, um einen Ausweg aus dieser Situation zu finden. Denn der Kultur nützt ein Streit unter allen Beteiligten unstreitig nichts. Nach mehreren Sitzungen und ausführlichen Gesprächen der Mediatoren, von denen ich hier meinen Vorgänger, Herrn Oberbürgermeister Assmann, ganz herzlich begrüßen darf, einigte man sich kurz vor Weihnachten 2006 auf eine Gründung eines Kulturfonds. Nach einem Vorschlag von Landrat Gall aus dem Main-Taunus-Kreis sollte der Kulturfond später mit der Kultur GmbH vereinigt werden. Er erfand das Bild von zwei Schienen, die am Horizont sich vereinigen und in einen gemeinsamen Bahnhof einfahren. Der Kulturfonds ist inzwischen im Dezember 2007 ebenfalls in Bad Homburg v.d.Höhe als GmbH gegründet worden. Ihr Name lautet nun „Gemeinnützige Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH“. Gründungsmitglieder sind die Stadt Darmstadt, die Stadt Frankfurt am Main, der Landkreis Hochtaunus, der Landkreis Main-Taunus und das Land Hessen. Auch diese GmbH hat eine Präambel, die ich hier vielleicht verlesen darf. Und Sitz dieser Gesellschaft ist wieder Bad Homburg v.d.Höhe.

„Am 19.12.2006 wurde als Ergebnis der Mediation Kulturregion Frankfurt-Rhein-Main beschlossen, die regionale wie auch die nationale und internationale Kultur in der Rhein-Main-Region zu stärken. Die Kombination dieser Elemente soll dem Rhein-Main-Gebiet zu einem einzigartigen Profil als Kulturregion verhelfen. Unter Einbeziehung von Land, Kreisen, Städten und Wirtschaft soll dadurch die Bewahrung tradierter und die Entwicklung neuer Kultur ermöglicht und auf diesem Wege die Lebensqualität in der Region weiter verbessert werden. Eine freiwillige Kooperation aller im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main im Kultursektor tätigen Akteure soll die Realisierung auch großer Kulturprojekte von internationaler Strahlkraft erleichtern. Der schrittweise Aufbau einer konsensualen Zusammenarbeit und Finanzierung ist vor dem Hintergrund einer polyzentrischen Besiedlungsstruktur erforderlich, um in der Rhein-Main-Region ein mit anderen Regionen in Europa vergleichbares Angebot an Kultur und Lebensqualität etablieren zu können. Ein klar erkennbares kulturelles Profil macht den Kulturstandort Rhein-Main national und international stärker wahrnehmbar als bisher und verbessert die Wettbewerbschancen der Region im internationalen Vergleich.

Die bereits bestehende „KulturRegion Frankfurt RheinMain gGmbH“ betreibt derzeit eine Förderung der regionalen und überregionalen Kultur. Die Gemeinnützige Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH soll über dieses Angebot hinaus kulturelle Großereignisse mit nationaler und internationaler Bedeutung fördern. Mittelfristig sollen regionale, überregionale, nationale und international bedeutsame Kulturprojekte auch institutionell vernetzt werden. Zu diesem Zweck wird sobald wie möglich die Verschmelzung der KulturRegion Frankfurt RheinMain gGmbH mit der Gemeinnützigen Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH angestrebt. Mittelfristiges Ziel ist darüber hinaus die Überführung der Gemeinnützigen Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH in eine Stiftung, welche sämtliche Ziele der Kulturmediation umsetzen soll.

Die Geschäftsführerbestellung gestaltete sich allerdings schwierig. Daher ist die Gesellschaft auch noch nicht eingetragen, denn dafür ist Voraussetzung, dass ein Geschäftsführer sie bei Gericht anmeldet. Professor Beck hat sich inzwischen bereit erklärt, die Geschäftsführung zu übernehmen. Demnächst werden Herr Professor Semmelroth und meine Person mit ihm Gespräche über die Bedingungen führen. Er hat in der regionalen Kultur ebenso wie in der überregionalen Szene große Erfahrung und wir hoffen, dass er dies Kind nun ins Leben schaukelt. Nun ist aber diese Kulturfonds GmbH eine äußerst politische Angelegenheit. Und nun haben wir leider die Situation, dass das Wahlergebnis der Landtagswahl in Hessen keine sichere Landesregierung erkennen lässt. Da nur CDU und FDP das Mediationsergebnis wirklich tragen, ist die Zukunft der Kulturfonds GmbH, vorsichtig gesagt, unsicher. Die SPD spricht sich eher für die Stärkung der KulturRegion GmbH aus, dies hat zur Folge, dass zur Zeit die Kulturarbeit Verbesserungsmaßnahmen auf der Stelle treten. Jeder schaut auf Wiesbaden. Ist das Land bereit, Geld auch in die KulturRegion GmbH einzuschießen, das sie bisher dem Kulturfonds zukommen lassen wollte. Herr Professor Semmelroth und ich sind zur Zeit bestrebt, durch Gespräche Klarheit für das Mögliche zu erhalten. Sie werden mich nun fragen, wie geht es weiter aus Sicht der Städte, aus Sicht der Kreise, aus Sicht der CDU-Vertreter, aus Sicht der SPD-Vertreter, wo sind die Gemeinsamkeiten. Fangen wir einmal mit der Sicht der SPD an: Sie hält für richtig die örtliche Kulturfinanzierung der Städte, starke KulturRegion GmbH vom Land unterstützt, Großereignisse werden durch die KulturRegion GmbH veranstaltet. Voraussetzung aber ist für die Stadt Offenbach die Änderung des kommunalen Finanzausgleiches zugunsten Offenbachs und Hanau. Sicht der CDU-Vertreter: Kultur GmbH und Kulturfonds laufen parallel, die eine für die regionale Kultur, die andere für die überregionale, enge Zusammenarbeit Unterstützung vom Land erforderlich, jedoch keine Reform des kommunalen Finanzausgleichs zu Ungunsten der Umlandkreise. Sicht der kreisfreien Städte: Stärkung der Kultur GmbH mit Unterstützung des Landes, kommunaler Finanzausgleich. Sicht der Kreise: Sie ist unterschiedlich, je nach parteipolitischer Aufstellung. Der Main-Taunus und der Hochtaunus sprechen sich für eine starke Kulturfonds GmbH aus. Wie ist nun die Prognose: Sie sehen, hier gibt es viele unterschiedliche Strömungen. Nach dem Sündenfall der Senkung der Gewerbesteuerquote in Eschborn und der Abwanderung von Firmen dorthin wird eine kommunale Finanzausgleichsreform kommen, auch wenn dies aus Homburger Sicht nicht günstig ist. Wir gehören nämlich zu den abundanten Kommunen, d.h. die städtische Finanzkraft übersteigt den im Finanzausgleich jeweils zugerechneten Mittelbedarf. Die Festlegung des Mittelbedarfs erfolgt jährlich nach den Finanzausgleichsdaten. Diese wiederum fußen auf den Steuereinnahmen von Land und Kommunen. Insofern war der Fall Börse für die Stadt Bad Homburg v.d.Höhe äußerst negativ. Es hat aber mit der Gerechtigkeit und dem Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung nichts mehr zu tun, wenn eine Kommune, die wenig Infrastruktur bieten muss, weil sie nur eine geringe Einwohnerzahl hat, Millionen in der Kasse hat, die andere aber, die sehr viele sozial bedürftige Menschen in ihren Mauern wohnen hat, das Geld verliert, aber die Infrastruktur herstellen muss. Bei uns sieht die Sache wieder anders aus, weil wir Infrastruktur in hohem Maße vorhalten und vorhalten müssen. Die Ansprüche an Kinderbetreuung steigen hier fast täglich. Wir sind abundant, aber wir geben das Geld auch wieder für unsere Bürgerinnen und Bürger aus, aber auch für andere, z.B. bei der Restaurierung der landgräflichen

Gärten, bei der Unterhaltung des Stadtwaldes etc. Die Finanznot verschiedener Städte wird aber dazu führen, dass sie zuerst auf die Lösung des Finanzausgleichs pochen, bevor sie in der gemeinsamen Kultur bereit sind, mehr Geld in die gemeinsamen Projekte einzubringen. Da aber ein kommunaler Finanzausgleich etwas unendlich Schwieriges ist, wird diese Frage sich nicht in Kürze lösen lassen. Die Kultur GmbH und auch der Kulturfonds müssen aber vorangetrieben werden. Wenn man will, dass die Kultur GmbH und der Kulturfonds vorangetrieben werden, muss man nach Lösungen suchen, die die Gemeinsamkeit mit Frankfurt stärker werden lassen und in der Bevölkerung den Eindruck von Gerechtigkeit bewirken.

Wie aber können solche aussehen? Hier sehe ich Bad Homburg v.d.Höhe in einer Mittlerrolle. Wir sind als Sonderstatusstadt die Kleinste der Großen und von den kreisangehörigen die Größte der kleinen Kommunen. Das hat den Vorteil, dass wir in allen im Rahmen des Ballungsraumgesetzes gegründeten Gesellschaften vertreten sind, also auch mitsprechen können. Hier vertreten wir dann auch die Interessen der kreisangehörigen Kommunen. Die wiederum bestehen darin, Kultur vor Ort finanzieren zu können und darüber hinaus an kulturellen Großereignissen partizipieren zu dürfen. Die allseits akzeptierte KulturRegion GmbH kann diese Aufgaben erfüllen, wenn sie finanziell gut ausgestattet wird. Die Gleise der beiden GmbH's müssten dazu schon heute mit Unterstützung der Landesregierung in einen gemeinsamen Bahnhof einfahren. Der Ort des Wirkens könnte die von unserer Stadt erworbene Bundeswertpapierverwaltung sein. Zusammen mit dem Stadtarchiv könnte sich ein Haus der Kultur etablieren. Direkt am Bahnhof gelegen und damit für alle Betroffenen in der Rhein-Main-Region gut erreichbar, in meinen Augen eine sehr gute Lösung. Eine umfassendere Lösung kann sich aus einem anderen neuen Ansatz ergeben.

Die Wirtschaftsinitiative Frankfurt RheinMain hat die Firma arthesia beauftragt, Wege zur Stärkung der Region aufzuzeigen. So entstand der Gedanke von Themenwelten, den Herr Dr. Bender von Fraport und Herr Lamberti von der Deutschen Bank in die Diskussion gebracht haben. Dies ist die jüngste Initiative, welche ebenfalls die Themenwelt Kultur betrifft.

Ausgangspunkt ist hier, dass sich beim Vergleich mit konkurrierenden Metropolregionen gezeigt hat, dass eine gewisse Größe, einheitliche Willensbildung, effiziente Abstimmungsprozesse und schnelle Projektrealisation Vorteile in einem Standortwettbewerb sind.

Davon sind wir weit entfernt, aber wir alle wissen, wir müssen dies erreichen, wenn wir die Zukunft als Metropolregion erfolgreich bestehen wollen.

Wir müssen uns also auf gemeinsame Ideen verständigen, auf Unternehmensberaterdeutsch auf ein Leitbild verständigen und innerhalb dieses Leitbildes hat jeder seinen Teil zu leisten. Wir wollen dies auf dem Sektor Kultur und Gesundheitswirtschaft – Steigerung der Lebensqualität – tun.

Wir arbeiten am Haus Rhein-Main-Region mit, aber wir wollen keinen Stadt- und keinen Regionalkreis, sondern ein stetiges Zusammenwachsen von unten über gemeinsame Interessen.